

Inklusion Jetzt! Fünf Forderungen für Menschen mit Behinderung in Österreich

Volksanwaltschaft betont die Notwendigkeit von Barrierefreiheit und Inklusion für Menschen mit Behinderung am Tag der Menschenrechte.

Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich - Am 2.

Dezember 2024 betonten hochrangige Vertreter der Volksanwaltschaft anlässlich des bevorstehenden „Internationalen Tags der Menschen mit Behinderung“ am 3. Dezember die essentielle Rolle der Inklusion für Menschen mit Behinderungen. „Inklusion bedeutet, dass Menschen mit Behinderungen die gleichen Chancen auf ein möglichst selbstbestimmtes Leben haben wie alle anderen Menschen auch“, hieß es von den Volksanwältinnen Elisabeth Schwetz und Gaby Schwarz sowie Volksanwalt Bernhard Achitz. Ein zentrales Anliegen sei es, den barrierefreien Zugang zu Informationen der Behörden zu gewährleisten. Oftmals werden relevante Informationen nicht in einfacher Sprache angeboten, was viele Betroffene trifft, die auf diese Form der Kommunikation angewiesen sind. Die Volksanwaltschaft kündigte an, ihr Informationsangebot in einfacher Sprache zu erweitern, um die Zugänglichkeit zu erleichtern, wie **OTS.at** berichtete.

Ein drängendes Problem bleibt jedoch die Schulbildung für Kinder mit Behinderungen. Schwetz äußerte, dass Eltern oft auf die Volksanwaltschaft zugehen, weil ihre Kinder nach der Pflichtschule keinen Platz für ein freiwilliges 11. oder 12. Schuljahr erhalten, diesen aber benötigen. Um den Bedürfnissen einer inklusiven Gesellschaft gerecht zu werden, sind grundlegende Änderungen im Bildungssystem gefordert. Der

Volksanwalt Achitz lenkte zudem die Aufmerksamkeit auf die stark eingeschränkte Wohnsituation vieler Menschen mit Behinderungen, die häufig in Heimen leben müssen, und forderte, dass das Recht auf freies Wohnen nicht vom Geld abhängen darf. „Inklusion ist ein Recht und darf nicht am Geld scheitern“, wurde er zitiert.

Forderungen an die Bundesregierung

Die Volksanwaltschaft, unterstützt von Behindertenanwalt Hansjörg Hofer und Vertretern der Zivilgesellschaft, hat an die neue Bundesregierung fünf zentrale Forderungen gerichtet, die darauf abzielen, die Lebenssituation für Menschen mit Behinderung in Österreich zu verbessern. Unter diesen Forderungen sind die Vergabe von Löhnen statt Taschengeld für Menschen in Werkstätten und die Verbesserung der persönlichen Assistenz enthalten, welche für ein selbstbestimmtes Leben unerlässlich ist. Die jüngste Verdopplung der Budgetmittel für die berufliche Integration ist hierbei als großer Fortschritt zu werten, wie **Volksanwaltschaft.gv.at** berichtete. Dennoch bleibt die Diskriminierung in verschiedenen Lebensbereichen ein ernsthaftes Problem, das einer dringenden Lösung bedarf, um Chancengleichheit und soziale Teilhabe zu gewährleisten.

Details	
Vorfall	Sonstiges
Ort	Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich
Quellen	• www.ots.at • volksanwaltschaft.gv.at

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at